

Franz Josef Strauß antwortet dem Bundeskanzler

# Gezählt und gewogen, aber in Moskau als zu leicht befunden!

— Auszüge aus der Rede im Deutschen Bundestag am 3. Juli 1980 —

Der Herr Bundeskanzler hat am Ende seiner Ausführungen die subjektive Feststellung getroffen, daß in seinen Augen und in den Augen des Herrn Außenministers der Zweck der Reise erreicht worden sei. Ich kann mir auch unschwer vorstellen — obendrein angesichts der Vorgeschichte dieser Reise —, daß ihm eine umgekehrte Feststellung möglich gewesen wäre. Es wird aber viele denkende, der Geschichte und der Zeitgeschichte bewußte Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, in den Ländern unserer Bündnispartner und in anderen Ländern geben, die mit dieser Feststellung nicht übereinstimmen.

Es ist allerdings schwer, den Zweck der Reise zu definieren. Denn ursprünglich wurde der Zweck der Reise damit begründet, daß man wieder in den Dialog eintreten wolle, daß man der Sowjetunion den Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan abringen wolle, daß man in der Frage des Rüstungsgleichgewichts, in der Frage der Mittelstreckenraketen durch die eigenen Vorschläge sowjetisches Entgegenkommen, den Beginn der Problemlösung erreichen werde. Von all dem ist nur noch übriggeblieben, daß es gut gewesen sei, miteinander geredet zu haben. Denn von Verhandlungen kann man in dem Zusammenhang nicht reden.

Nachdem ich nun diese Erklärung gehört habe, wundert es mich, warum wir am Dienstagabend diese geheimnisvollen Andeutungen über sensationelle Vorschläge der sowjetischen Seite im Zusammenhang mit den Mittelstreckenraketen vernommen haben, Vorschläge, die so geheim seien, daß man sie erst den Bundesgenossen durch den Sonderkurier Hans-Dietrich Genscher mitteilen müsse, bevor man sie der staunenden Öffentlichkeit übergeben dürfe. Nach dem, was wir jetzt gehört haben, was das sowjetische Gegenangebot zu dem Moratoriumsvorschlag des Bundeskanzlers war, kann ich nur feststellen, man braucht kein Fachmann zu sein, um zu sagen: das ist doch ein alter Hut.



Herr Kollege Wehner sagt, ich solle auf die Antwort Amerikas warten. Nun, es ist im Bündnis nicht üblich, daß man Mitteilungen eines Bündnispartners nach einer Reise, die gerade von den Amerikanern und ihrer politischen Führung am allerwenigsten begrüßt worden ist, etwa abwertend beurteilt. Ich habe noch nie internationale Anregungen gehört, bei denen nicht das Echo war, sie seien konstruktiv und nützlich, man werde sie mit der gebotenen Sorgfalt prüfen. Das gehört doch alles zu dem Zeremoniell der Sinngabe des Sinnlosen, aber nicht zu ernsthaften politischen Auseinandersetzungen.

**Wenn der Bundeskanzler damit sagen wollte, daß kein unmittelbarer Schaden eingetreten sei, dann würde ich ihm recht geben. Aber es geht nicht nur um die auf der Oberfläche erkennbaren unmittelbaren Schäden, sondern es geht auch um die langfristige psychologische, politische Wirkung solcher Vorgänge. Die Regierungserklärung war ebenso dürftig wie die Behandlung der darin angedeuteten Probleme oberflächlich.**

Herr Bundeskanzler, ich spreche Ihnen nicht den Willen zur Besonnenheit ab, aber den Instinkt, in der richtigen Stunde zu verstehen, welche Handlungsweise der Begriff „Besonnenheit“ erfordern würde.

Lassen Sie mich nur am Rande sagen: Ich habe im Laufe der letzten Jahre und Monate mit der mir eigenen Vergessens- und Bewunderungskapazität aus Ihrem Munde gehört, welche Elemente die Grundlagen Ihrer Friedenspolitik seien: einmal die Mitarbeit im Bündnis, dann eine funktionsfähige Bundeswehr und dann auch die Bereitschaft zur Rüstungskontrolle, zur Rüstungsbegrenzung und zu Abrüstungsverhandlungen. Ich habe — bei der Wiedergabe von einem Tonband — im Wortlaut gehört, daß Sie an der Formulierung des Soldatengesetzes persönlich entscheidend mitgewirkt hätten.

**Sie sollten doch auch einmal so bescheiden sein, zuzugeben, daß seinerzeit Ihr in namentlicher Abstimmung gegebenes Nein zum Einbau einer Wehrverfassung in das Grundgesetz, Ihr in namentlicher Abstimmung abgegebenes Nein zum Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die Atlantische Allianz kein Ausdruck der Besonnenheit, sondern parteipolitische Blindheit waren.**

Wenn Sie darauf hinweisen, daß Sie an der Formulierung des Soldatengesetzes mitgewirkt haben, dann sollten Sie auch sagen, daß Sie dieses Gesetz damals gemeinsam mit Ihrer Fraktion abgelehnt haben und daß Sie Ihre Ablehnung damit begründet haben, daß man dem Wettrüsten auf deutschem Boden nicht Vorschub leisten dürfe. Das sind genau dieselben Argumente, mit denen Sie heute eine in der Anlage verfehlte, im Ergebnis undurchsichtige und in der langfristigen Auswirkung gefährliche Reise als Akt der Besonnenheit auszugeben sich bemühen.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit dieser Reise einen Vergleich anstellen. Es gibt zwei Reisen eines jeweiligen deutschen Bundeskanzlers nach Moskau, die



weltweite Beachtung gefunden haben und die mit besonderer Sorgfalt verfolgt worden sind. Das eine war die unter den damaligen Umständen sensationelle Reise Konrad Adenauers nach Moskau im Jahre 1955, das andere die des heutigen Bundeskanzlers Schmidt im Jahre 1980.

Die Reise Adenauers kann man als notwendig und richtig bezeichnen. Er hatte die Einbindung in den Westen gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratischen Partei mit seiner parlamentarischen Mehrheit durchgesetzt: den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Dann kam die zielstrebige, behutsame, vorsichtige Regelung der Beziehungen zu Moskau. Behutsam, besonnen, vorsichtig und zielstrebig. Ergebnis: Aufnahme diplomatischer Beziehungen, Freilassung der Kriegsgefangenen.

**Die Reise Adenauers war genauso notwendig und nützlich wie die Reise Schmidts überflüssig und gefährlich war. Denn die Reise Schmidts im Jahre 1980 erfolgte auf dem Hintergrund einer gefährdeten Allianz, im Alleingang und ohne Mandat der Bündnispartner.**

Wenn ich hier über diese Reise nach Konzeption, Vorgeschichte, Hintergrund, Dramaturgie und Zeitpunkt mir ein kritisches Urteil erlaube, dann nicht zuletzt deshalb, weil die Wahl des Zeitpunktes dieser Reise genauso instinktlos war wie der Besuch des gleichen Politikers ein Jahr nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag am 21. August 1969.

**Damals dauerte es ein Jahr, in der Zwischenzeit genügt ein halbes Jahr zwischen dem Einmarsch der russischen Truppen in Afghanistan mit seinen brutalen Folgewirkungen des Völkermordes in ganzen Bereichen bis zur Dramaturgie dieser Reise und ihrem dürrtigen Ergebnis.**

Eine Weltkrise ist die Szene, in der diese Reise stattgefunden hat. Die Weltkrise ist ein Akt brutaler sowjetischer Machtpolitik, eine Ausdehnung sowjetischer Machtkontrolle bei Gleichschaltung des innenpolitischen Systems in einem Lande, von dem zu behaupten, es sei eine Bedrohung der Sowjetunion gewesen, eine Beleidigung der Welt und der Zeitgeschichte darstellt.

Wir wollen uns doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich das Bündnis bei der Reise Adenauers im Zustand der Festigung, des Fortschritts und der vollen Funktionsfähigkeit befand, daß sich das Bündnis in diesem Jahre — und nicht ohne maßgebende Schuld europäischer Staatsmänner, an der Spitze Helmut Schmidt — in einem Zustand befindet, der von neutraler Seite als „zerfallende Allianz“ bezeichnet wird. Die Frage ist nicht, ob man verbale Bekenntnisse zu Allianzen ablegt, ob man betont, man stehe zu dem Bündnis, man habe Vertrauen zu den Bündnispartnern, man sei bereit, die eigenen Bündnisverpflichtungen zu erfüllen, man lehne es mit Entrüstung ab, irgendwelche Unsolidarität zu zeigen.



**Das ist doch nicht das Entscheidende. Kein Bündnis ist stärker als das Vertrauen der Bundesgenossen zueinander und die psychologische und politische Bereitschaft, alle Lasten, Konsequenzen aus diesem Bündnis, nicht nur seine Vorteile in Anspruch zu nehmen. Und da sieht es leider ganz anders aus.**

Mit dieser Reise nach Moskau sind große Erwartungen verbunden worden. Sie sind dann zu kleinen Erwartungen zurückgestuft worden. Der Bericht des Bundeskanzlers heute bestätigt die Meinung, daß keine Erwartungen mit dieser Reise verbunden werden dürften. Man soll hier bloß nicht anfangen mit so gängigen Formulierungen, deren Richtigkeit niemand bestreitet, die aber nur der Vernebelung der Geister und der Verwischung der Wahrheit dienen: Es ist besser zu reden, statt zu schießen. Wenn sie nicht nach Moskau gegangen wären, wäre in den nächsten 100 Jahren in Europa auch nicht geschossen worden.

Was Sie in den vergangenen Monaten an Psychodramaturgie aufgebaut haben, als ob es in Europa um Krieg oder um Frieden ginge: Es gibt in Europa nicht mehr die Alternative „Krieg oder Frieden“, es gibt in Europa nur die Alternative Erhaltung oder totale Zerstörung aller beteiligten Mächte, ihrer biologischen, ihrer kulturellen und ihrer technischen Substanz. Keine Führung der Sowjetunion wird sich jemals auf diese Alternative einlassen. Deshalb dürfen wir uns nicht, von dieser falschen Alternative geblendet, dazu verleiten lassen, die Vorgänge an der Flanke der Europäer und an der Flanke der NATO, im Südatlantik, im Mittleren Osten, im Indischen Ozean, in Afghanistan und den stürmischen Ausbau der sowjetischen Offensivrüstung hinzunehmen, weil wir sagen: Dialog, dann ist alles in Ordnung.

**In Europa gibt es die Alternative „Krieg oder Frieden“ nicht. In Europa geht es um etwas ganz anderes. Es geht darum, die Bündnisgemeinschaft so zu erhalten, daß sie insgesamt ihre weltweite Funktion, auch wenn sie auf ihr geographisches Interessengebiet begrenzt ist, aufrechterhalten kann. Dem haben Sie, Herr Bundeskanzler, einen Bärendienst erwiesen.**

Bei Ihrer Reise ging es doch nicht darum, den Frieden zu erhalten oder den Frieden zu verspielen, zwischen den Großmächten als unabhängiger Schiedsrichter zu vermitteln. Auch wenn Sie größer wären: das Spielfeld, das hier ist, können Sie mit Ihren Stiefeln nicht auslaufen, um hier als Schiedsrichter zu fungieren. Sie haben auch keine Lösung in der Sache herbeigeführt und konnten auch keine herbeiführen. Und „deutsche Sonderinteressen“? Mit dem Wort wäre ich sehr, sehr vorsichtig, denn wenn unsere amerikanischen Verbündeten an ihre Sonderinteressen denken, werden wir merken, wie wenig wir in der Lage sind, unsere Sonderinteressen überhaupt noch in minimaler Weise wahrnehmen zu können.

**In diesem Zusammenhang darf ich auch hier in aller Öffentlichkeit und Deutlichkeit unsere Empörung, unseren Abscheu und unsere Verachtung dafür zum Ausdruck bringen, daß Sie im Wahlkampf den Begriff „Frieden“ mit der**



SPD und unterschwellig den Begriff „Krieg“ mit der CDU/CSU in Verbindung bringen. Sie sollten schon im Interesse der minimalen Gemeinsamkeiten, die auch in einem Wahljahr erforderlich sind, darauf verzichten, diese Inserate „Wir wollen nie wieder Krieg“ aufzugeben und hier Schindluder mit dem Leid der Vergangenheit und Schindluder mit der Angst vor der Zukunft zu treiben.

Ihre Äußerungen, die Union sei nicht friedensfähig, sind eine Disqualifikation nur für Sie und diejenigen, die sich diesen Spruch zu eigen machen. Denn alle Elemente einer auf Frieden in Freiheit gerichteten Sicherheitspolitik sind gegen auch Ihren persönlichen Widerstand, von CDU und CSU und auch von mir persönlich als einem Mitarbeiter Konrad Adenauers in jenen Jahren erst herbeigeführt worden!

Die Sowjetunion kann als Ergebnis dieses Treffens erstens verzeichnen: Durchbrechung ihrer durch ihr brutales Verhalten in Afghanistan zustande gekommenen Isolation von der Völkergemeinschaft. Diese Isolation haben Sie — genau wie am 21. August 1969 — durchbrochen. Sie kann zweitens ihre Afghanistan-Politik mit offener oder stillschweigender Zustimmung verschiedener Partner des Bündnisses fortsetzen. Denn während wir hier heute beisammen sind, wird doch in Afghanistan laufend geschossen, noch zur Stunde, jeden Tag!

Was nützen denn verbale Erklärungen? Jeden Tag werden moderne Massenvernichtungstechniken zu Zwecken terroristischer Einschüchterung angewandt, jeden Tag — auch heute, auch gestern, auch morgen — werden Menschen ums Leben gebracht. Und gerade dieses Treffen der Staatsmänner vermittelt doch das Bild, als ob der Westen Afghanistan nicht mehr ernst nehmen würde.

**Wir kennen doch das Ritual: Zuerst erfolgt ein empörender Überfall, dann schreit die Welt voller Empörung auf, dann kommt der Ruf nach Sanktionen, dann kommt die Warnung vor der Überreaktion, dann kommt der Verzicht auf die Sanktionen, dann kommt der Übergang zur Tagesordnung, und dann kommt die Entschuldigung bei Moskau dafür, daß man jemals überhaupt an so etwas gedacht hat.**

Die Sowjetunion hat mit diesem ihrem scheinbaren Rüstungsverhandlungsangebot einen erfolgreichen Angriff gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO begonnen. Sie kann ihre „Entspannungspolitik“ fortsetzen, als ob nichts geschehen wäre. Sie kann daraus ableiten, daß sie in der Zukunft dann, wenn die Umstände es erlauben, freie Hand für weitere Aktionen hat. Sie kann verzeichnen, daß das Mißtrauen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland — mit der drohenden Gefahr nicht nur der Verwirrung, sondern auch der Abkoppelung gewisser Teile innerhalb der NATO — durch ihre Politik nunmehr erreicht worden ist. Hier nützen doch auch die schönen Erklärungen nichts!

Sicherlich hat die Sowjetunion ebenfalls eine Unterstützung für meinen Gegenkandidaten, für Sie, Herr Helmut Schmidt, im Auge gehabt. Zuerst versetzt man das



Volk — Stichwort „1914“ — in Kriegsangst, dann besorgt man sich eine Einladung nach Moskau, dann gibt man vor, dort den Frieden erhalten zu wollen, und dann kommt man heim, zwar mit nichts, aber mit dem Vermerk, gesprochen zu haben.

Wer glaubt, daß das keine Rolle spielt, sollte einmal das nachlesen, was bei Kissinger in seinen Memoiren über die Jahre 1968 bis 1973 auf Seite 1218 steht. Ich zitiere Kissinger mit zwei Sätzen:

*Das einzige andere bemerkenswerte Ereignis war, daß Breschnew und Gromyko uns — damit meint er Nixon und sich — baten, dabei behilflich zu sein, daß die Ostverträge bald zur Abstimmung vor dem Bonner Bundestag kämen und ratifiziert würden. Sie wollten, daß wir Brandt halfen, die bevorstehenden Landtagswahlen zu gewinnen, als hätten wir die Möglichkeit dazu gehabt.*

Es gibt auch noch andere Bekundungen dieser Art. Daß hier ein dezidiertes Interesse daran bestand, seinerzeit Herrn Brandt als Kanzler zu behalten, und jetzt daran besteht, die Bundestagswahl gegen den Erfolg der Union vorzubeeinflussen, steht für mich — wie für jeden, der nicht blind ist — außer jedem Zweifel.

Die Sowjetunion kann eine weitere Verengung des politischen Spielraums des Westens und der Bundesrepublik Deutschland registrieren. Sie kann die Spaltung der politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls auf ihr Pluskonto verbuchen. Schließlich ist das sicherlich der Auftakt, ja die Organisation eines Wallfahrerwettbewerbs der westeuropäischen Politiker nach Moskau gewesen. Auch deshalb schon hätte es nicht sein dürfen.

Ich darf zusammenfassen. Erstens: Der Zeitpunkt der Reise war verfehlt. Was sich Helmut Schmidt ursprünglich als Ziele gesetzt hatte, ist nicht erreicht worden. Ich gebe zu, konnte auch nicht erreicht werden. Kein deutscher Bundeskanzler, er mag heißen, wie er will, kann in Moskau erreichen, daß die sowjetische Afghanistan-Politik, die ihre große historischen, säkularen und globalen Hintergründe hat, auf Grund deutscher Interventionen geändert wird. Der Hut war Ihnen zu groß. Die Stiefel, die Sie sich angezogen haben, waren zu groß. Sie sind nicht geeignet, zwischen den Großmächten zu vermitteln. Kein deutscher Kanzler kann das. Aber aus einer Reihe von Gründen haben Sie sich als Schiedsrichter auf dieses Spielfeld begeben.

Zweitens ist festzustellen, daß Sie keine Ihrer Absichten verwirklichen konnten. Es ist auch festzustellen, daß in humanitären Fragen nur unverbindliche Erklärungen — wieder einmal, zum soundsovielten Male — erreicht worden sind.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, im Kommuniqué ihre Unterschrift unter die Berufung auf die Verträge von 1970 gesetzt, auf die KSZE-Schlussakte und auf die gemeinsame Erklärung von 1978. Es heißt in dem Vertrag von 1970:



*Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betrachten es als wichtigstes Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten. Sie übernehmen die Verpflichtung, sich in Fragen, die die internationale Sicherheit berühren, der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.*

**Ja, was war denn Afghanistan? Und da unterschreiben Sie ein Kommuniqué, in dem die Sowjetunion sich darauf beruft, daß Text und Geist dieser Verträge erhalten bleiben müssen. Dagegen haben wir ja nichts. Aber wo bleibt die Klarstellung, daß Geist und Text dieser Verträge in einem schreienden, flagranten, hohnvollen, zynischen Widerspruch zur Wirklichkeit des politischen Handelns stehen?**

Ich habe viele Male auch in diesem Hause zum Ausdruck gebracht: Unsere Sorge gilt nicht dem Umstand, das durch einen militärischen Überfall auf Europa etwa die Bundesrepublik Deutschland ihre Sicherheit, ihre Freiheit oder gar ihre kulturell-zivilisatorische Substanz verliert. Ich habe oft zum Ausdruck gebracht: unsere Sorge gilt nicht einem revolutionären Akt, der durch Überhandnehmen linksradikaler, kommunistischer, moskau-orientierter Kräfte unsere Gesellschaftsordnung, ihr Freiheitsideal, ihre Rechtsordnung zerstören würde.

**Nein, unsere Sorge gilt einem langfristigen, über Jahrzehnte angelegten, psychologisch politischen Prozeß, in dem die Aushöhlung der NATO, die Abkoppelung der Europäer von ihrer Hauptschutzmacht, den Amerikanern, psychologisch vorbereitet, politisch unterstützt und zum Schluß sich in einer Erosion, in einem Kollaps des Systems bemerkbar machen wird. Das kann Jahre — das ist zu kurz —, das kann Jahrzehnte dauern.**

Ich habe nicht vergessen, daß vor allem Politiker der SPD uns im Wahlkampf 1969 Verleumdung vorgeworfen haben, wenn wir ihnen die Absicht unterstellt hatten, daß sie im Falle eines Wahlerfolges die DDR anerkennen würden. Was 20 Jahre lang unmöglich, ja undenkbar erschien, was gemeinsames Gut aller politischen Kräfte dieses Hauses war, ist nach kurzfristigen Gesprächen mit italienischen Kommunisten, mit Kontakten nach der anderen Seite hin unter brücker Beiseiteschiebung der CDU und der CSU damals in die politische Wirklichkeit umgesetzt worden.

Hier geht es nicht um Verzeihen — das tun wir —, hier geht es um Vergessen oder nicht. Nur ein Tor könnte vergessen, was in dem Jahr 1949 gemeinsam gelobt und im Jahre 1969 einseitig aufgegeben worden ist.

**Die Sowjetunion hat einen Prozeß in Gang gesetzt, dessen erstes Ziel es ist, den Nachrüstungsbeschluß der NATO zu Fall zu bringen, aus Gründen, die wir alle kennen oder kennen sollten. Und die Sowjetunion will dann — zweitens — mittelfristig die Sicherheitsinteressen der Westeuropäer von denen der Amerikaner aus technischen, militärischen und strategischen Gründen abkoppeln.**



**Drittens hat die sowjetische Politik das Ziel, selbst bei Aufrechterhaltung der Formalitäten eines Bündnisses dieses Bündnis seiner Wirksamkeit zu entkleiden und den Prozeß der psychologischen und politischen Neutralisierung Westeuropas einzuleiten. Durch innere Aushöhlung sind schon mehr Bündnisse zugrunde gegangen als durch äußere Aufhebung.**

Das ist die Sorge, die wir uns auch heute über den Zustand der NATO, über die Zukunft der westlichen Gemeinschaft und über die Möglichkeit, Frieden und Freiheit zu erhalten, machen. Sie, Herr Bundeskanzler, sollten sich ein Zitat Bismarcks an die Wand schreiben:

*Über die Fehler, welche in der auswärtigen Politik begangen werden, wird sich die öffentliche Meinung in der Regel erst klar, wenn sie auf die Geschichte eines Menschenalters zurückzublicken imstande ist.*

*Es mag 50 Jahre dauern, bis politische Mißgriffe offenkundig werden und ihre letzten Konsequenzen tragen. Aber schließlich legt die Geschichte die Rechnung für jeden Fehler vor. Sie ist dabei peinlicher als unsere preußische Oberrechnungskammer. Dann erst wird man in der Öffentlichkeit den Bruchpunkt sehen, von dem das Unheil seinen Ausgang nahm.*

**Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, Herr Bundeskanzler, diesen Bruchpunkt aufzuheben und die Weichen in der Richtung unserer gemeinsamen Vergangenheit und der Notwendigkeiten einer gemeinsamen Zukunft zu stellen. Das ist leider aus kurzsichtigen, aus sehr opportunistischen und auf den Wahlkampf abgestellten Gründen unterblieben. Darum: gezählt und gewogen, aber in Moskau als zu leicht befunden!**